

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 123 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über den drohenden weiteren Abbau auf dem Medienplatz Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Anfrage A 123 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Rahel Estermann hält an der Dringlichkeit fest.

Rahel Estermann: Die gestellten Fragen sind gegenwärtig von einem sehr hohen politischen Gewicht. Der Stellenabbau bei CH Media wird in diesen Tagen umgesetzt. Kurz nachdem ich die Anfrage eingereicht habe, wurde bekannt, dass nicht nur ein Personalabbau stattfindet, sondern in der Stadt Luzern auch eine ganze Wochenzeitung eingestellt wird. Die Auswirkungen auf die anderen Kanäle von CH Media sind noch nicht klar. Es wäre wichtig zu wissen, wie die Regierung diesbezüglich vorzugehen gedenkt und ob sie mit den Zuständigen im Gespräch ist. Diesen Donnerstag endet die Frist zur Vernehmlassung über die Senkung der Haushaltsabgaben bei der SRG, die der Bundesrat in eigener Kompetenz senken will. Mehrere Kantone haben kommuniziert, ob oder welche Stellungnahme sie dazu abgeben. Für die öffentliche Meinungsbildung ist es von zentraler Bedeutung zu wissen, was der Kanton Luzern zu tun gedenkt. Diese Vernehmlassung wird nicht weiterentwickelt und kommt nicht ins Bundesparlament, sondern das weitere Vorgehen wird rein aufgrund der Rückmeldungen entschieden. Deshalb sollten wir wissen, wie der Kanton Luzern seine eigenen regionalen Interessen vertritt. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Reto Frank: Keine der gestellten Fragen rechtfertigt die Dringlichkeit, auch wenn die Situation unschön ist. Die Fragen lassen sich zu einem späteren Zeitpunkt und zeitnah beantworten, ohne dass Versäumnisse entstehen. Die SVP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung der Anfrage ab.

Daniel Rüttimann: Die Mitte-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Von den fünf Dringlichkeitskriterien ist lediglich eines nicht erfüllt, nämlich die Zuständigkeit des Kantons. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Der Regierungsrat hat sehr schnell auf die entsprechende Medienmitteilung reagiert, was ein klares Indiz für die Wichtigkeit ist. Ein zeitlicher Aufschub ist nicht möglich, denn die offenen Fragen müssen jetzt beantwortet werden, um zielgerichtet weitergehen zu können. Es wird zudem kein laufendes Geschäft oder Verfahren tangiert. Wer Politik macht, weiss, wie wichtig die Kommunikation ist, dazu gehört auch die Medienarbeit. Wir sollten die Beantwortung dieser Anfrage nicht auf die lange Bank schieben und der Dringlichkeit zustimmen.

Andrea Pfäffli: Die Argumente für die Dringlichkeit der Anfrage wurden bereits genannt, deshalb wiederhole ich sie nicht nochmals. Als vierte Gewalt des Kantons sind die Luzerner

Medien zu wertvoll für unsere Demokratie, als dass wir jetzt auf sofortige und klare Antworten seitens der Politik warten können. Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Ich appelliere an dieser Stelle an das Parlament, seine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Sarah Arnold: Ich verstehe das Anliegen und erkenne die politische Relevanz. Der Stellenabbau ist aber beschlossen, und Details sind noch keine bekannt. Deshalb können die Fragen in einer anderen Session beantwortet werden, ohne dass sie gegenstandslos werden. So gesehen ist die zeitliche Dringlichkeit nicht gegeben. Die Fragen zur Halbierungs-Initiative deuten darauf hin, dass eine grundsätzliche Diskussion über die Medienstrategie des Kantons Luzern gewünscht wird. Das ist sehr wichtig, dazu sollten aber fundierte Antworten vorliegen. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung ist über den Medienabbau im Kanton Luzern besorgt. Es geht hier aber um eine private Unternehmung. Wir haben uns letzten Herbst dazu geäußert und sind mit den entsprechenden Stellen in Kontakt. Wir erachten aber die Dringlichkeitskriterien als nicht erfüllt, auch bezüglich einer Antwort zur SRG. Es geht hier um eine ordentliche Stellungnahme zu einem Bundesgeschäft. Wir werden das Vollmachtsschreiben der Regierung mit einer Kurzmitteilung veröffentlichen, wie wir das immer tun. Wir werden die Antworten bald liefern, bitten Sie aber, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 59 zu 53 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.